

# Danziger Zeitung.



# Beitung.

Nr. 16442.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerstrasse Nr. 4. und bei allen laufenden Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insolite kosten für die Petitionen oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermitteilt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen

1887.

## Der Branntweinsteuer-Entwurf.

(Schluß.)

### Die Strafbestimmungen.

**S 15. (Strafbestimmungen. Begriff der Verbrauchsabfaktion.)** Wer es unternimmt, die Verbrauchsabgabe vom Branntwein zu hinterziehen, macht sich einer Defraudation schuldig.

**S 16. Ein Defraudation der Verbrauchsabgabe wird insbesondere dann als vollbracht angesehen:**

1. wenn ohne den vorgeschriebenen, von der Steuerbehörde genehmigten Betriebsplan oder an anderen Tagen, in anderen Räumen oder unter Benutzung von anderen Destilliergeräten, als den in dem genehmigten Betriebsplan angemeldeten Branntwein gebrannt wird;

2. wenn für kleine Brennereien (§ 11) durch Verwaltungsvorchrift angeordnete Betriebsverlängerungen nicht oder unrichtig abgegeben werden, beziehungsweise wenn vorgeschriebene Brennereeregister nicht oder unrichtig geführt werden;

3. wenn alkoholhaltige Dämpfe, Lutter oder Branntwein unbefugter Weise abgeleitet oder entnommen werden;

4. wenn über den unter steuerlicher Kontrolle stehenden Branntwein unbefugter Weise verfügt wird;

5. wenn von der Verbrauchsabgabe befreiter Branntwein (§ 1 Absatz 4 Biffer 2) zu anderen als den gesetzten Zwecken verwendet wird.

**S 17. Der Defraudation der Verbrauchsabgabe wird gleichgestellt:**

1. wenn Destilliergeräte, welche durch Anlegung eines amtlichen Verschlusses oder in anderer Weise durch Anordnungen der Steuerbehörde der Benutzung entzogen worden sind, unbefugterweise wieder in Betrieb genommen werden;

2. wenn ein auf Grund der die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes oder der in Gemäßigkeit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften angelegter amtlicher Verschluß oder einer derjenigen Theile der Brennereigeräte, einschließlich der Branntweinhämmelgefänge und des Meßapparats, aus welchen eine Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, unbefugterweise verlegt wird;

3. wenn in einer Brennerei, in welcher ein Meßapparat aufgestellt ist, Handlungen vorgenommen werden, welche die regelmäßige Thätigkeit derselben zu fören geeignet sind, oder ein Meßapparat, welcher unrichtig zeigt, willentlich fortbewegt wird;

4. wenn jemand Branntwein, von dem er weiß oder den Umständen nach annimmen muß, daß hinsichtlich derselben eine Defraudation der Verbrauchsabgabe verübt worden ist, erwirkt oder in Umlauf bringt.

**S 18. Das Dafür der Defraudation der Verbrauchsabgabe wird in den durch die §§ 16 und 17 angegebenen Fällen lediglich durch die dafelbst bezeichneten Thätwachen begründet. Wird jedoch in diesen Fällen festgestellt, daß der Befußdige eine Defraudation der Verbrauchsabgabe nicht habe verüben können, oder daß eine solche nicht beabsichtigt gewesen sei, so findet nur eine Ordnungsstrafe nach Maßgabe des § 23 statt.**

**S 19. (Strafe der Verbrauchsabgabendefraudation.)** Wer eine Defraudation der Verbrauchsabgabe begeht, hat eine Geldstrafe verübt, welche dem vierfachen Betrage der vorverhaltenen Abgabe gleichkommt, zum mindesten aber fünf Mark beträgt. Die Abgabe ist außerdem unabhängig von der Strafe zu entrichten.

Ist ein Destilliergeräte unbefugter Weise zur Branntweinbereitung benutzt worden, so wird die Verbrauchsabgabe und die Strafe nach derjenigen Menge reinen Alkohols berechnet, welche damit innerhalb drei Monaten bei unausgeleistem Betriebe gewonnen werden sollte, sofern nicht das Gerät zu einem näherliegenden Zeitpunkt amlich noch unter Verschluß gefunden worden ist, oder sonst eine andere Dauer derselben nachgewiesen werden kann.

Hat eine unbefugte Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein oder eine Störung des Meßapparats stattgefunden, so wird die Verbrauchsabgabe und die Strafe in der Art berechnet, daß für die dem Zeitpunkt der Entdeckung vorhergehenden drei Monate der ununterbrochne Bestand der Ableitung, Entnahme oder Störung des Meßapparats ermittelt wird, so verfällt der Brennereibesitzer als solcher in eine Geldstrafe von fünfhundert bis zu fünftausend Mark.

Wird in einer Brennerei ein amtlicher Verschluß oder einer derjenigen Theile der Brennereigeräte (§ 17 Biffer 2), aus welchen eine Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein möglich ist, verlegt, so trifft der Brennereibesitzer als solchen eine Geldstrafe von fünfhundert bis zu zweihundertfünfzig Mark. Weist der Brennereibesitzer in den Fällen der Abfälle 1-3 nach, daß die Zuwidderhandlung ohne sein Wissen oder wider seinen Willen verübt worden ist, so bleibt er strafflos.

**S 20. Brennereibesitzer, welche den Betrieb nicht**

**selbst leiten, können die Übertragung der ihnen gemäß**

**§ 25 obliegenden strafrechtlichen Verantwortlichkeit auf**

**einen in ihrem Namen und Auftrage handelnden**

**Brennereileiter bei der Steuerbehörde in Antrag bringen.**

Falls der Antrag genehmigt wird, geht die strafrechtliche Verantwortlichkeit, unbeschadet der subsidiären Vertretungsverbindlichkeit des Brennereibesitzers gemäß

§ 29, auf den Brennereileiter über. Die Genehmigung ist jederzeit widerruflich.

**S 21. Verden Brennereibesitzer wegen Defraudation der Verbrauchsabgabe durch unbefugte Branntweinbereitung, Ableitung oder Entnahme von alkohol-**

**haltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein, oder zur Störung des Meß-**

**apparats ermittelt wird, ist als solcher, unabhängig**

**von der Verfolgung der eigentlichen Thäter, mit Geld**

**strafe von fünfzig bis zu fünfhundert Mark zu bestrafen.**

Werden in einer Brennerei aus besonderen Anlagen

bestehende heimliche Vorrichtungen zum Zweck der Ab-

leitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen,

Lutter oder Branntwein, oder zur Störung des Meß-

apparats ermittelt, so verfällt der Brennereibesitzer als

solcher in eine Geldstrafe von fünfhundert bis zu zweihun-

dertfünfzig Mark. Weist der Brennereibesitzer in den Fällen

der Abfälle 1-3 nach, daß die Zuwidderhandlung ohne

sein Wissen oder wider seinen Willen verübt worden ist,

so bleibt er strafflos.

**S 22. (Straferhöhung bei Verbrauchsabgaben-**

**defraudation unter erschwerenden Umständen oder im**

**Rückfall.)** In Fällen der Defraudation der Verbrauchs-

abgabe durch unbefugte Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein oder durch absichtliche Störung des Meßapparats wird die Strafe des Thäters und der Theilnehmer stets durch eine Gefängnisstrafe nicht unter einer Woche geschärfzt.

**S 23. Im Falle der Wiederholung der Defraudation der Verbrauchsabgabe nach vorhergegangener Bestrafung wird die im § 19 angebrochene Geldstrafe verdoppelt. Sodder fernere Rückfall zieht Gefängnis bis zu drei Jahren nach sich. Doch kann, unbeschadet der Vorschrift des § 20, nach richterlicher Ermeessen mit Verhältnis zu den vorausgegangenen Fällen auf Hof oder auf Geldstrafe bestrafen lassen. Die Einziehung der hierdurch erwachenden Auslagen erfolgt in dem Verfahren für die Belebung von Bollgefällen und mit dem Vorsprung der letztgenannten.**

**S 24. Die Straferhöhung wegen Rückfalls tritt ein ohne Rücksicht darauf, ob die frühere Bestrafung in demselben oder einem anderen Bundesstaate erfolgt ist.**

**S 25. (Ordnungsstrafen.) Zuwidderhandlungen gegen die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes, sowie die in Gemäßigkeit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften werden, sofern nicht die Strafe der Defraudation des Verbrauchsabgabe verübt ist, mit einer Ordnungsstrafe bis zu fünfhundert Mark geahndet.**

**S 26. Mit Ordnungsstrafe gemäß § 23 wird auch belegt:**

1. wer einem zum Schutze der Verbrauchsabgabe verpflichteten Beamten oder dessen Angehörigen wegen einer auf diese bestätiglichen amtlichen Handlung oder der Unterlassung einer solchen Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verspricht oder gewährt, sofern nicht der Thatbestand des § 333 des Strafgelebuchs vorliegt;

2. wer sich Handlungen oder Unterlassungen zu Schulden kommen läßt, durch welche ein solcher Beamter an der rechtmäßigen Ausübung der zum Schutze der Verbrauchsabgabe ihm obliegenden amtlichen Thätigkeit verhindert wird, sofern nicht der Thatbestand der §§ 113 oder 114 des Strafgelebuchs vorliegt.

**S 27. (Strafen für Brennereibesitzer und Brennereileiter.)** Der Besitzer einer Brennerei, in welcher eine unbefugte Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein oder eine absichtliche Störung des Meßapparats ermittelt wird, ist als solcher, unabhängig von der Verfolgung der eigentlichen Thäter, mit Geldstrafe von fünfzig bis zu fünfhundert Mark zu bestrafen.

Werden in einer Brennerei aus besonderen Anlagen bestehende heimliche Vorrichtungen zum Zweck der Ableitung oder Entnahme von alkoholhaltigen Dämpfen, Lutter oder Branntwein, oder zur Störung des Meßapparats ermittelt, so verfällt der Brennereibesitzer als solcher in eine Geldstrafe von fünfhundert bis zu zweihundertfünfzig Mark. Weist der Brennereibesitzer in den Fällen der Abfälle 1-3 nach, daß die Zuwidderhandlung ohne sein Wissen oder wider seinen Willen verübt worden ist, so bleibt er strafflos.

**S 28. (Strafgelebuchs)** In Betreff der Feststellung, Unterludung und Entscheidung der Zuwidderhandlungen gegen die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes und die in Gemäßigkeit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften, in Betreff der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gradenwege kommen die Vorschriften zur Anwendung, nach welchen sich das Verfahren wegen Zuwidderhandlungen gegen die Bollgefällen bestimmt.

**S 29. Die noch den Vorschriften dieses Gesetzes verwirken Geldstrafen fallen dem Fiscus desjenigen Staates zu, von dessen Behörden die Strafentscheidung erlassen worden ist.**

**S 30. Jede von einer nach § 33 ausständigen Behörde wegen einer Zuwidderhandlung gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes und die in Gemäßigkeit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften einzuleitende Untersuchung und zu erlassende Strafentscheidung kann auch auf diejenigen Einzelne, welche anderen Bundesstaaten angehören, ausgedehnt werden.**

**S 31. Die Strafverfolgung auf Grund der Bestimmungen der §§ 25 und 26 verläuft zugleich mit dem Eintritt der Verjährung gegen den eigentlichen Thäter.**

**S 32. (Verjährung.)** Die Strafverfolgung von Defraudationen der Verbrauchsabgabe verfährt in 3 Jahren, diejenige von Zuwidderhandlungen, welche mit Ordnungsstrafe bedroht sind, in einem Jahre.

**S 33. (Strafachen.)** In Betreff der Feststellung, Unterludung und Entscheidung der Zuwidderhandlungen gegen die Verbrauchsabgabe betreffenden Bestimmungen dieses Gesetzes und die in Gemäßigkeit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften, in Betreff der Strafmilderung und des Erlasses der Strafe im Gradenwege kommen die Vorschriften zur Anwendung, nach welchen sich das Verfahren wegen Zuwidderhandlungen gegen die Bollgefällen bestimmt.

**S 34. Die noch den Vorschriften dieses Gesetzes verwirken Geldstrafen fallen dem Fiscus desjenigen Staates zu, von dessen Behörden die Strafentscheidung erlassen worden ist.**

**S 35. Jede von einer nach § 33 ausständigen Behörde wegen einer Zuwidderhandlung gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes und die in Gemäßigkeit derselben erlassenen Verwaltungsvorschriften einzuleitende Untersuchung und zu erlassende Strafentscheidung kann auch auf diejenigen Einzelne, welche anderen Bundesstaaten angehören, ausgedehnt werden.**

**S 36. (Verteilung der Einnahmen aus der Verbrauchsabgabe.)** Die Strafverfolgung der Verbrauchsabgabe ist den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Strafgelebtschaften der Verbrauchsabgabe unterteilt, welche mit dem Ertrage des Trinkbranntweins, wie sie im gebräuchlichen und fiktiven Interesse des Volkes liege, nicht bindern, andererseits aber den Spirituspreis wenigstens für einen Theil der Produktion wieder gewinnbringend gestalten und so dazu beitragen, die Verbelebung von einem großen Theil der heimischen Landwirtschaft abzuwenden, welche sonst durch die Einführung einer den Werth des Produkts weit übersteigenden und den Umsatz seines Verbrauchs einschränkenden Abgabe in Verbindung mit den unnatürlichen, den Export dieses Produkts mehr und mehr erschwerten Umständen notwendig angereichert würden und der Gesamtheit zum schwersten Schaden gereichen.

**S 37. Die Bemessung von 4½ Litern für den Kopf der Bevölkerung ist derart so geplant, daß hierbei die Bevölkerungssiffer aller jeweils der Branntweinsteuergemeinschaft zugehörigen Staaten und Gebietsteile in Rechnung zu stellen sei, mitin die der niedrigeren Verbrauchsabgabe unterliegende Gesamtjahresmenge mit dem Aufnahme der bisherigen Zollanschlüsse und dem Eintritt eines oder sämtlicher süddeutschen Bundesstaaten in die Branntweinsteuergemeinschaft eine entsprechende Erhöhung erfahren würde.**

**S 38. Da die Bemessung eines Theil ihrer Produktion zu einem niedrigeren Abgabesatz herzustellen, nicht gleichsam als ein ausschließliches und dauerndes Recht mit den einzelnen jetzt bestehenden Brennereien verfügt werden soll, vielmehr auch in dieser Beziehung von 4½ Litern reinen Alkohols auf den Kopf der Bevölkerung voraussichtlich sei, hinter dem Consum einigermaßen zurück, so werde die Differenz zwischen den beiden Abgabesätzen einerseits eine gleiche mögliche Steigerung des Preises des Trinkbranntweins, wie sie im gebräuchlichen und fiktiven Interesse des Volkes liege, nicht bindern, andererseits aber den Spirituspreis wenigstens für einen Theil der Produktion wieder gewinnbringend gestalten und so dazu beitragen, die Verbelebung von einem großen Theil der heimischen Landwirtschaft abzuwenden, welche sonst durch die Einführung einer den Werth des Produkts weit übersteigenden und den Umsatz seines Verbrauchs einschränkenden Abgabe in Verbindung mit den unnatürlichen, den Export dieses Produkts mehr und mehr erschwerten Umständen notwendig angereichert würden und der Gesamtheit zum schwersten Schaden gereichen.**

**S 39. Da die Bemessung eines Theil ihrer Produktion zu einem niedrigeren Abgabesatz herzustellen, nicht gleichsam als ein ausschließliches und dauerndes Recht mit den einzelnen jetzt bestehenden Brennereien verfügt werden soll, vielmehr auch in dieser Beziehung von 4½ Litern reinen Alkohols auf den Kopf der Bevölkerung voraussichtlich sei, hinter dem Consum einigermaßen zurück, so werde die Differenz zwischen den beiden Abgabesätzen einerseits eine gleiche mögliche Steigerung des Preises des Trinkbranntweins, wie sie im gebräuchlichen und fiktiven Interesse des Volkes liege, nicht bindern, andererseits aber den Spirituspreis wenigstens für einen Theil der Produktion wieder gewinnbringend gestalten und so dazu beitragen, die Verbelebung von einem großen Theil der heimischen Landwirtschaft abzuwenden, welche sonst durch die Einführung einer den Werth des Produkts weit übersteigenden und den Umsatz seines Verbrauchs einschränkenden Abgabe in Verbindung mit den unnatürlichen, den Export dieses Produkts mehr und mehr erschwerten Umständen notwendig angereichert würden und der Gesamtheit zum schwersten Schaden gereichen.**

**S 40. Da die Bemessung eines Theil ihrer Produktion zu einem niedrigeren Abgabesatz herzustellen, nicht gleichsam als ein ausschließliches und dauerndes Recht mit den einzelnen jetzt bestehenden Brennereien verfügt werden soll, vielmehr auch in dieser Beziehung von 4½ Litern reinen Alkohols auf den Kopf der Bevölkerung voraussichtlich sei, hinter dem Consum einigermaßen zurück, so werde die Differenz zwischen den beiden Abgabesätzen einerseits eine gleiche mögliche Steigerung des Preises des Trinkbranntweins, wie sie im gebräuchlichen und fiktiven Interesse des Volkes liege, nicht bindern, andererseits aber den Spirituspreis wenigstens für einen Theil der Produktion wieder gewinnbringend gestalten und so dazu beitragen, die Verbelebung von einem großen Theil der heimischen Landwirtschaft abzuwenden, welche sonst durch die Einführung einer den Werth des Produkts weit übersteigenden und den Umsatz seines Verbrauchs einschränkenden Abgabe in Verbindung mit den unnatürlichen, den Export dieses Produkts mehr und mehr erschwerten Umständen notwendig angereichert würden und der Gesamtheit zum schwersten Schaden gereichen.**

## Die Motive.

Im allgemeinen Theil wird darauf hingewiesen, daß die in Angriff genommenen Arbeiten zur Steuerreform schon wegen der gegebenen kurzen Zeit für jetzt darauf befristet werden müssen, nur eine solche Gesetzesvorlage fertig zu stellen, welche geeignet sei, die unabsehbaren Nebenausgaben des Reiches zu decken und sein finanzielles Verhältnis zu den Einzelstaaten, dessen bestrebendste Gestaltung bereits der Reichshaushaltsetat für 1886/87 durch einen auf rund 32 000 000 M. veranschlagten, tatsächlich nicht eingetreten und jetzt in das Gegenteil abgewandten Mehrbetrag der Überweisungen über die Matricularbeiträge in Ansicht nehmenden ließ, mindestens soweit zu bessern, daß auch in den Einzelstaaten weiteren Verlegenheiten vorgebeugt wird, insbesondere in Preußen der Staatshaushaltssatz nicht fernherin mit einem alljährlich durch Anleihe zu deckenden Deficit abgeschlossen werden müsse. Hierzu erscheine für die in der Branntweinsteuergemeinschaft stehenden Staaten eine Wiedernahme, welche hinter 100 000 000 M. nicht erheblich zurückbleibe

und nützliche Theil des Spiritus handels überall in den bisherigen Geleisen erhalten und namlich der Ausbildung eines Händlermonopols vollständig vorbereitet werden, dann die bisherigen Käufer würden weder einzeln noch in gesamtem erblich mehr Braumittel als bisher zur Uebernahme des Spiritus von den Produzenten bedürfen und auch innerhalb der Städte dürften nicht übernommenen Spiritus in die eigentlichen Verbrauchsgebiete abgehen vermögen.

Die Fertigung des erzeugten Braumweins nach Menge und Stärke in der Brennerei durch die Steuerbehörde und die demokratische Belastung des Braumweins unter steuerlicher Kontrolle bis zur Entrichtung der Abgabe oder bis zum Nachweis seiner Verwendung zu steuerfreien Zwecken erscheine nothwendig, um für den Betrag der Abgabe eine amtliche Grundlage zu gewinnen und die Erhebung der Abgabe zu sichern. Wenn der Brennereibesitzer nicht in der Lage wäre, den von ihm hergestellten Braumwein alsbald nach der stattgehabten amtlichen Feststellung zu verwerben und in den freien Verkehr zu bringen, so gewäre das Gesetz ihm oder seinem Rechtsnachfolger die Möglichkeit, den Braumwein in öffentliche Niederlagen oder unter amtlichem Mietverschluß sieben Privatläger zu bringen. Der Besitzer des Braumweins habe sodann die unbeschädigte Wahl, ob er vom Lager aus den Braumwein gegen Erlegung der Verbrauchabgabe zu Genußzwecken in den freien Verkehr des Inlandes bringen oder ohne jede Abgabentreichtung ih zu steuerfreien gewerblichen Zwecken oder zur Ausfuhr abfertigen lassen wolle.

Derartige steuerfreie Lager würden auch dazu dienen, einem etwaigen Preisdruck der Händler entgegenzuwirken, indem sie den Brennereibesitzern die Möglichkeit bieten, eine günstige Gelegenheit des Absatzes abzuwarten. Auf die Lagerung und Verleidung der auf die Niederlagen gebrachten Braumweinmengen die Grundsäze in Anwendung zu bringen, welche für öffentliche und unter amtlichem Mietverschluß stehende Lager im allgemeinen bestehen. Insbesondere werde danach auch der Abgang, welchen der Braumwein während der Lagerung in Folge von Verdunstung, Einziehen und Verluste erleidet, von der Abgabe frei zu lassen sein.

Die auf die Reinigung des Braumweins außerhalb der Lagerräume und dessen Bearbeitung für die Ausfuhr Bezug habende Bestimmung des Gesetzes bewege eine weitgehende Verstärkung der für den Export arbeitenden inländischen Liqueurfabriken sowie der Rectifications-Anstalten. Da beide während und nach der Bearbeitung des Braumweins unter steuerlicher Kontrolle sollen lassen können, so sei der ersten Industrie das gänzliche Ablaufvermögen der Verbrauchabgabe in Aussicht gestellt, die Rectificationsanstalten aber seien von der Notwendigkeit bestreit, für den während der Reinigung eintretenden Schwund die Abgabe zu entrichten; es sei ihnen auch nach der Rectification die freie Verfügung darüber belassen, ob sie den verarbeiteten Braumwein gegen Erlegung der Abgabe in den freien Verkehr bringen oder ihn ohne Abgabentreichtung exportieren wollen.

Im Bezug auf die für den eventuellen Beitritt der süddeutschen Staaten zur Braumweingemeinschaft getroffene Bestimmung, daß die Gesamtabsatzmenge, welche zum niedrigeren Abgabensatz hergestellt werden darf, auf 3 Liter reines Alkohol pro Kopf der Bevölkerung bemessen werden soll, wird bemerkt, es entspreche dies einer billigen Verstärkung des Umfangs des bisherigen Brennereibetriebes in jenen Staaten und würde auch dem wirtschaftlichen Bedürfnis genügen. Dieses Ausmaß habe zugleich zur Folge, daß den Brennereien der seitlichen Brennereisteuergemeinschaft eine um rund 13% Mtl. Liter reines Alkohols größere Braumweinmenge zu dem niedrigeren Abgabensatz zugeschrieben werden könnte, wie auch die Begründung zu § 1 ergäbe.

Was den voraussichtlich zu gewärtigenden Ertrag betrifft, so wird derselbe (wie schon erwähnt) im ganzen auf 143 400 000 Mtl. veranschlagt, was nach Abzug des bisherigen Nettoertrages der Braumweinsteuern eine künftige Mehreinnahme von 96 400 000 Mtl. ergeben würde.

#### Offiziöser Preßkrieg.

Wie des öfteren erwähnt, herrscht seit einiger Zeit zwischen der „Nordd. Allg. Blg.“ und einigen offiziellen russischen Zeitungen ein Streit über den Ursprung der Besetzung Bosniens durch Österreich. In diesen Streit hatte auch der „Pester Lloyd“, oder vielmehr dessen Hintermann, der Graf Andrássy, der bekanntlich zu der Zeit, als jene Ereignisse stattfanden, die auswärtige Politik Österreichs leitete, eingegriffen. Graf Andrássy gab in dem Pester Organ eine Darstellung von dem in Frage stehenden Vorgange, die erstaunlich bestimmt ist, etwaweise für seine staatsmännische Reputation bedenklich Schlüssefolgerungen aus den Angaben der „N. A. B.“ vorzubringen. Die „N. A. B.“ drückt die Veröffentlichung im „Pester Lloyd“, welche in bestimmten Punkten von ihrer Darstellung abweicht, vollständig ab, um daran die Erklärung zu knüpfen, daß sie sich in keine Polemik mit dem ungarischen Blatte einzulassen, sich vielmehr mit einigen Verichtigungen begnügen will.

Das offiziöse Organ bemerkte in dieser Hinsicht, daß es ihm auf die Priorität des Kongressgedankens zwischen Österreich und Russland nicht ankomme, daß es aber festhalte, daß der Kongress ein deutsches Bedürfnis nicht war. Fürst Gortschakow sei aus Furcht vor einem Kriege mit England auf den Kongress eingegangen. Ferner hält die „N. A. B.“ an der Existenz eines russisch-österreichischen Separatvertrages über Bosnien fest und nennt als Datum seines Ab-

schlusses den 15. Januar 1877. Sodann wünscht die „Nordd.“ eine accennähige Darstellung dieses wichtigen Abschnittes der Geschichte seitens aller beteiligten Mächte und sagt:

„Eine solche Klärstellung würde den unanfechtbaren Beweis der Wahrheit liefern, die für uns der Ausgangspunkt der ganzen Kräftebewegungen gewesen ist, daß nämlich die deutschfeindliche Presse in Russland einen geschicklichen Fehlbericht erfindet und ausbeutet, wenn sie ihren Lesern täglich wiederholt, daß die unwillkommenen Ergebnisse der russischen Orientpolitik durch Deutschland berheigefügt seien. Wenn irgendemand diesen geschicklichen Begebenheiten einen anderen Verlauf hätte geben können, so wäre das nur Fürst Gortschakow gewesen, und es ist daher, wir wiederholen es, eine Ungerechtigkeit, wenn die russische Presse behauptet, daß die Verantwortlichkeit für dieselben zwischen den beiden Kanzlern zutheile sei. Dieselbe trifft den Fürsten Gortschakow allein.“

Bezüglich des Grundes, welcher die ganze Polemik veranlaßt hatte, traten in verschiedenen Blättern zwei entgegengesetzte Meinungen hervor.

Die einen wollten darin eine Mahnung an Russland sehen, die bisherigen guten Beziehungen,

welche Deutschland sich stets zu erhalten bemüht hätte, auf keine zu schwere Probe zu stellen,

sondern den unaufhörlichen Nadelstichen in den offiziellen russischen Organen ein Ende zu machen.

Dieser Auffassung huldigt auch die Wiener, bezüglich der österreichischen Regierung nahestehende Presse“, indem sie schreibt:

„Wir haben es absichtlich vermieden, in diese Polemik einzutreten oder irgendwie Stellung zu nehmen, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde: weil uns die Tendenz der Nordd. Allg. Blg. von allem Anfang an klar und dahin gerichtet schien, den Liebermann und die Streitkraft der Kaiserlichen Clique ein wenig zu dämpfen. In Berlin hat man immer – ganz besonders seitdem Fürst Bismarck die deutsch-russische Freundschaft als „Thurmhoch“ bezeichnet hat – auf die Erhaltung alter Traditionen mit dem Petersburger Cabinet sehr großes Gewicht gelegt, und die inspirierten Auskunftsberichten des genannten Berliner Blattes hatten offenbar den Zweck, die öffentliche Meinung in allen Bevölkerungsgebieten Russlands vor der polnischen Gefechtsföhlung zu warnen. Vielleicht war man in Berlin auch darüber unruhig geworden, daß man in Petersburg und Moskau die großen diplomatischen Dienste leicht verloren hätte, welche Deutschland den russischen Interessen in der bulgarischen Frage bis in die allerletzte Zeit geleistet hat. Undant und Verlegenheit sollten öffentlich gebrandmarkt werden – und daher die scharfe, stellenweise sogar nichts weniger als rücksichtsvolle Sprache der Nordd. Allg. Blg.“

Die anderen meinten, daß die Enthüllungen über Gortschakow's Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, die seine staatsmännischen Fähigkeiten in ein trauriges Licht stellten, bestimmt seien, Herrn v. Giers in seinem Kampfe gegen Kaiser zu unterstützen. Nach den letzten Auskunftsberichten des Organs des Reichskanzlers wird man geneigt sein, sich der letzteren Meinung anzuschließen. Was aber – bemerkt dazu die „Voss. Blg.“ – die historische Wahrheit betrifft, so scheint aus der ganzen Polemik wenig für dieselbe gewonnen zu sein; die Feststellung derselben gehört auch vor ein unbefangeneres Tribunal, als Offiziöse jemals bilden können.

#### Deutschland.

\* Berlin, 6. Mai. Die Nachrichten, welche über das Beenden des Kronprinzen am Königlichen Hofe aus Ems eingegangen sind, laufen sehr günstig. Die Kronprinzen nach der Krim oder dem Kaukasus werden um den 10. Mai herum im Neuen Palais bei Potsdam eintreffen und dort bis zu ihrer Abreise nach England residieren. Prinz Wilhelm von Preußen, welcher einer Einladung des Großherzogs von Sachsen zur Theinafahrt an einer Auerhahnjaag nach Weimar gefolgt war, ist gestern Abend 8 Uhr 55 Minuten von dort hierher zurückgekehrt.

\* Berlin, 6. Mai. Der Cultusminister hat die Bezirksgouvernements aufgefordert, den Ferienkolonien wie bisher Aufmerksamkeit und Förderung zu geben. In den zehn Jahren 1876 bis 1885 wurden im Ganzen 34 722 und im Jahre 1885 allein 999 Kinder in Sommerfeste gefunden, und der dadurch erwachsene Kostenaufwand hat für das letzte Jahr 272 035 Mtl. betragen.

\* [Sonntagsenquete.] Das Ergebnis der wegen der Sonntagsarbeit veranlaßten Untersuchung wird dem Vernehmen nach spätestens gegen Ende dieses Monats dem Reichstag vorgelegt werden. Die Drucklegung des speziellen Theils des Ergebnisses der Untersuchung ist bereits in vollem Gange. Es handelt sich nur noch um die Feststellung des Generalberichts, an dessen Fertigstellung gegenwärtig noch eifrig gearbeitet wird.

\* Das Seminar für orientalische Sprachen an der Universität Berlin wird im Herbst dieses Jahres ins Leben treten. Geeignete Lehrkräfte sind bereits gewonnen; zum Theil wird mit solchen noch unterhandelt. Die Lehranstalt soll fest den ersten

Das Interesse des jungen Mannes an dem angeregten Gegenstande schwand nach dieser Auskunft plötzlich erloschen zu sein. Er wandte es von neuem mit einiger Hast der ihn umgebenden Scenerie zu und beantwortete die schüchterne Frage des kleinen Fräuleins, wie lange er sich in Keewaydin aufzuhalten gedanke, kurzweg dahin, daß er sich nur auf einen Geschäftskreis befinde.

Mittlerweile hatte sich das Schiff immer mehr der inneren Stadt genähert. Doch es stand in den Sternen gefriert, daß es nicht ohne Urfall sein Ziel erreichen sollte. Angeschlags der Chippewa-Brücke explodierte in der unmittelbaren Nähe des Dampfers die überbeladene Ladung einer Schaluppe, die eine schwere Ladung Mehl im Schlepptau hatte. Wie von einem Windstoß geschnellt, flog das Dach der Kajüte und ein Theil des Schornsteins gegen das Geländer, an dem die Passagiere lehnten. Das Ganze war das Werk eines Augenblicks und richtete, außer einer allgemeinen Verwirrung, keinen erheblichen Schaden an Bord an.

Barclay hatte während der Katastrophe keinen Augenblick seine Kaltblütigkeit verloren; aber während er sich um Alice Robinson bemühte, die halb ohnmächtig neben ihm zusammengefallen waren, gingen seine Gedanken in die Vergangenheit zurück, und unwillkürlich drängten sich in lebhafter Erinnerung die Worte über seine Lippen:

„Welch ein wunderbarer Zufall! An dieser Stelle hat mein Vater seinen Tod gefunden.“

Als Motto eines schwunghaften Artikels in der gelehrten Zeitung der Stadt stand er zu seinem Verdruss noch an demselben Tage seine Worte wieder. Der beutehngreiche Journalist hatte sich des willkommenen Stoffs bemächtigt, um, anknüpfend an die Begebenheit des Tages, jene unglaublich tragische Katastrophe wieder ans Licht zu ziehen, die seit mehr als fünfzehn Jahren unter dem Staube der Vergessenheit geruht hatte: eine Lecture, auf der das Auge des früheren Gefandten David Lane wie gebannt ruhte, als er in seiner schönen Villa am Ufer des Sees das inhaltreiche Blatt an

dem Abend zur Hand nahm. (Forts. folgt.)

„Glauben Sie mir denn nicht?“ sagte seine hübsche Gefährtin schmollend. „Ihre Anwesenheit in Keewaydin ist Thatsache, obgleich man sie sehr selten zu Gesicht bekommt. Sie lebt in strengster Einsiedelei; zum Theil wohl deswegen, weil ihre Gesundheit sehr erschöpft ist.“

„Und ihr Gatte?“

„Ihren Gatten hat sie verlassen.“

derartigen Einrichtungen in Europa ebenbürtig gemacht werden.

\* Die Lage vieler Polen in England ist nach einem Schreiben, welches der Sekretär des polnischen Hilfsvereins für Auswanderer in England an galizische Zeitungen gerichtet hat, eine überaus traurige; der Verein, welcher sich die Linderung dieser Not angelegen sein läßt, ist nicht im Stande, allen an ihn gerichteten Gehüten zu genügen, und hat sich bereits in Schulden gestürzt. Es wird demnach in dem Schreiben die Bitte an die Landsleute im Vaterlande gerichtet, dem Vereine wenigstens eine einmalige Beihilfe zulommen zu lassen.

\* [Hofkonsistorialdirektor Voigt, Stabsbaudirektor im 1. Garderegiment zu Fuß, ist zum „Armeen-Musik-Inspizienten“ ernannt worden.

Posen, 5. Mai. Zur Sprachenfrage. Ein polnisch-katholischer Gefangener-Ausseher in Kołobrzeg hatte seinen Kindern nicht gestattet, in der Schule an dem Religionsunterricht in der deutsch-katholischen Abteilung, welcher dieselben auf Anordnung des Kreisschulinspectors zugewiesen waren, Theil zu nehmen, und hatte sich gleichzeitig an die königliche Regierung mit einer Beschwerde über den Kreisschulinspector gewendet. Da nun die königliche Regierung die Anordnung des Kreisschulinspectors bestätigte, so ging der Beschwerdeführer mit seiner Be schwerde an den Herrn Minister, ist aber auch von diesem, und zwar auf Grund des § 74 Th. II, Tit 2 des Landrechts, abschließlich bechieden worden.

Nordhausen, 5. Mai. Eine heute hier abgehaltene Versammlung der Braumwein- und Spiritus-Interessenten erklärte sich einstimmig gegen eine Contingentirung der Brennereien und für eine Besteuerungsgrenze bis zu 25 Mtl. für den Hechtoliter. Die Versammlung wählte Delegierte für ein Agitation Comité.

Leipzig, 4. Mai. Die heute Nachmittag in Leipzig stattgefunden Versammlung deutscher Kämmer und Kammergärtner beschloß einstimmig: In Erwägung, daß die deutsche Wollkämmerie gegenwärtig eines höheren Zollschuhs nicht bedarf ist, eine Erhöhung des Zolles auf gekämmte Wolle aber andere Zweige der deutschen Wollindustrie erheblich schädigen würde, sich gegen eine Erhöhung des Zolles auf Kammmutter zu erklären.

\* Frankreich.

Paris, 5. Mai. Heute Abend zogen einige junge Leute und Gassenbuben gegen 9 Uhr nach dem Gaudeumtheater zu, indem sie lärmten und schrien.

Die Polizei zerstreute dieselben alsbald und verhaftete die lautesten. (W. T.)

Paris, 5. Mai. Die Regierung beschloß, das heftige „Revanche“ wegen ihres gestrigen Artikels „„Revolte““ zu verfolgen.

\* England.

London, 5. Mai. [Unterhaus.] Gladstone stellt den gestern von ihm angestellten Antrag auf Ernennung eines Comités des Hauses zur Untersuchung der Anklage der „Times“, welche den Deputirten Dillon als Lügner bezeichnet.

\* Serbien.

\* Über die angeblichen Differenzen am Hofe berichtet die „Frank. Blg.“ über Budapest: König Milan hat der schönen Gemahlin des Gesandten eines kleineren Staates größere, aber tadelreiche Aufmerksamkeit geschenkt, worauf Ristic eine Audienz bei der Königin genommen und der selben Mitteilung hierüber gemacht hat. Bei der nächsten großen Cour hat die Königin die Gemahlin des Gesandten auf fallender Weise ignoriert, worauf eine heftige Scene im Konal gefolgt ist. Die Königin Natalie erklärte, für längere Zeit mit dem Kronprinzen nach der Krim oder dem Kaukasus verreisen zu wollen. König Milan, dem die Reise wegen politischer Motive unbehaglich ist, erfügte Persani und Ristic, die Einfluss auf die Königin besitzen, um ihre Intervention. Die Königin Natalie behandelte darauf die Gemahlin des Gesandten bei der nächsten Gelegenheit wieder mit aller Huld, beharrte jedoch auf den in Aussicht genommenen Reisen nach Russland. Die Ausführung derselben steht noch nicht fest.

\* England.

London, 5. Mai. [Unterhaus.] Gladstone stellt den gestern von ihm angestellten Antrag auf Ernennung eines Comités des Hauses zur Untersuchung der Anklage der „Times“, welche den Deputirten Dillon als Lügner bezeichnet.

\* Serbien.

\* Über die angeblichen Differenzen am Hofe berichtet die „Frank. Blg.“ über Budapest: König Milan hat der schönen Gemahlin des Gesandten eines kleineren Staates größere, aber tadelreiche Aufmerksamkeit geschenkt, worauf Ristic eine Audienz bei der Königin genommen und der selben Mitteilung hierüber gemacht hat. Bei der nächsten großen Cour hat die Königin die Gemahlin des Gesandten auf fallender Weise ignoriert, worauf eine heftige Scene im Konal gefolgt ist. Die Königin Natalie erklärte, für längere Zeit mit dem Kronprinzen nach der Krim oder dem Kaukasus verreisen zu wollen. König Milan, dem die Reise wegen politischer Motive unbehaglich ist, erfügte Persani und Ristic, die Einfluss auf die Königin besitzen, um ihre Intervention. Die Königin Natalie behandelte darauf die Gemahlin des Gesandten bei der nächsten Gelegenheit wieder mit aller Huld, beharrte jedoch auf den in Aussicht genommenen Reisen nach Russland. Die Ausführung derselben steht noch nicht fest.

\* England.

London, 5. Mai. [Unterhaus.] Gladstone stellt den gestern von ihm angestellten Antrag auf Ernennung eines Comités des Hauses zur Untersuchung der Anklage der „Times“, welche den Deputirten Dillon als Lügner bezeichnet.

\* Serbien.

\* Über die angeblichen Differenzen am Hofe berichtet die „Frank. Blg.“ über Budapest: König Milan hat der schönen Gemahlin des Gesandten eines kleineren Staates größere, aber tadelreiche Aufmerksamkeit geschenkt, worauf Ristic eine Audienz bei der Königin genommen und der selben Mitteilung hierüber gemacht hat. Bei der nächsten großen Cour hat die Königin die Gemahlin des Gesandten auf fallender Weise ignoriert, worauf eine heftige Scene im Konal gefolgt ist. Die Königin Natalie erklärte, für längere Zeit mit dem Kronprinzen nach der Krim oder dem Kaukasus verreisen zu wollen. König Milan, dem die Reise wegen politischer Motive unbehaglich ist, erfügte Persani und Ristic, die Einfluss auf die Königin besitzen, um ihre Intervention. Die Königin Natalie behandelte darauf die Gemahlin des Gesandten bei der nächsten Gelegenheit wieder mit aller Huld, beharrte jedoch auf den in Aussicht genommenen Reisen nach Russland. Die Ausführung derselben steht noch nicht fest.

\* England.

London, 5. Mai. [Unterhaus.] Gladstone stellt den gestern von ihm angestellten Antrag auf Ernennung eines Comités des Hauses zur Untersuchung der Anklage der „Times“, welche den Deputirten Dillon als Lügner bezeichnet.

\* Serbien.

\* Über die angeblichen Differenzen am Hofe berichtet die „Frank. Blg.“ über Budapest: König Milan hat der schönen Gemahlin des Gesandten eines kleineren Staates größere, aber tadelreiche Aufmerksamkeit geschenkt, worauf Ristic eine Audienz bei der Königin genommen und der selben Mitteilung hierüber gemacht hat. Bei der nächsten großen Cour hat die Königin die Gemahlin des Gesandten auf fallender Weise ignoriert, worauf eine heftige Scene im Konal gefolgt ist. Die Königin Natalie erklärte, für längere Zeit mit dem Kronprinzen nach der Krim oder dem Kaukasus verreisen zu wollen. König Milan, dem die Reise wegen politischer Motive unbehaglich ist, erfügte Persani und Ristic, die Einfluss auf die Königin besitzen, um ihre Intervention. Die Königin Natalie behandelte darauf die Gemahlin des Gesandten bei der nächsten Gelegenheit wieder mit aller Huld, beharrte jedoch auf den in Aussicht genommenen Reisen nach Russland. Die Ausführung derselben steht noch nicht fest.

\* England.

London, 5. Mai. [Unterhaus.] Gladstone stellt den gestern von ihm angestellten Antrag auf Ernennung eines Comités des Hauses zur Untersuchung der Anklage der „Times“, welche den Deputirten Dillon als Lügner bezeichnet.

\* Serbien.

\* Über die angeblichen Differenzen am Hofe berichtet die „Frank. Blg.“ über Budapest: König Milan hat der schönen Gemahlin des Gesandten eines kleineren Staates größere, aber tadelreiche Aufmerksamkeit geschenkt, worauf Ristic eine Audienz bei der Königin genommen und der selben Mitteilung hierüber gemacht hat. Bei der nächsten großen Cour hat die Königin die Gemahlin des Gesandten auf fallender Weise ignoriert,

5. Flotow, 5. Mai. Auf dem in unserer Nähe befindlichen Rittergut und Dorf Rodawitz ist vor einigen Tagen der Grundstein zum Bau einer neuen katholischen Kirche gelegt worden. Der Patron deselben ist die Diözese-Gesellschaft zu Berlin, welche die Domäne von der Concessionsmaße des Vorstellers des Dr. B. H. Strössberg, erstanden hat. In früherer Zeit gehörte diese ausgedehnte Besitzung als „Rodawitzer Schlüsse“ zur Herrschaft Flotow, und die dortige Kirche war Filiale von Flotow. Später kam sie in Besitz des Geschlechtes v. D. Osten-Sacken, von dem sie auf Grabowkis überging. Nunmehr wurde die katholische Kirche in Rodawitz selbstständig. Von dem Gr. erwarb Dr. Strössberg die Besitzung und erweiterte dieselbe durch Anläufe und verbesserte sie durch geistige Anlagen. Zu der Feier der Grundsteinlegung hatte sich als Vertreter der Kirche der Dekan aus Cammin eingefunden und sämmtliche katholischen Geistlichen aus der Umgegend waren gekommen. Den Bau selbst leitete der hier ansässige Kreisbauinspektor Wilke. — Für die hiesige katholische Kirche wird der 10. d. M. ein wichtiger Tag. An diesem Tage wird nämlich in Folge der neueren Gesetzgebung die seit Jahren vacante Paroche ordentlich besetzt werden, und zwar mit dem seit langer Zeit hier amtierenden Vicar Marszewski aus Danzig. Seit dem vor etwa 5 Jahren erfolgten Tode des Provinzials Słownicki war dieselbe verwaist\* und wurde nur vicariert. Patron der Kirche ist die prinzliche Gutsbesitzheit Flotow-Pozajantje, jetziger Besitzer Prinz Leopold. — Bei den in Schneidemühl stattgefundenen Thierischen hat der Schulzen-Gutsbesitzer Stark in Blankwitz bei Flotow den zweiten Preis für eine Zuchtflocke erhalten.

— ss. Königsberg, 5. Mai. Für die Mindviert-Ausstellung des österreichischen landwirtschaftlichen Centralvereins und zur Buchdruckerei der Heerdbuchgesellschaft in den Tagen vom 19. bis 22. d. M. bezw. am 23. Mai hierzulande sind im Ganzen 203 Stück Kühe und 220 Rübe und Stärken, zusammen 423 Stück Rindvieh von 33 Ausstellern angemeldet worden. In den drei Buchdruckereien mit zusammen 24 Klassen kommen im Ganzen 60 Preise von 50—300 M. zu Vertheilung, auch erhalten die Süttlerer der Thiere bei Vertheilung eines ersten Preises 10 M. und eines zweiten bis vierten Preises 5 M. und ein Anerkennungsdiplom. Außerdem sind für Repräsentation ganzer Büchsen drei Wertpreise von 200 M. und ein Wertpreis von 100 M. ausgeschafft worden. Von der Heerdbuchgesellschaft zur Verbesserung des in Österreich geübten Holländer Rindviehs ist ferner ein Ehrepreis in Beträge von 300 M. geschafft worden. Auf der zweiten Zuchtwich-Auction der Heerdbuch-Gesellschaft, welche im Anschluss an die Ausstellung am 22. Mai stattfindet, kommen 225 Heerdbuchrinder und Nachkommen von solchen zum Verkauf.

Gumbinnen, 3. Mai. Gestern Vormittag brannte in Klein Lehmen das Gehöft des Gutsbesitzers Herrn Piltz, bestehend aus 6 Gebäuden, total nieder. Dabei wurde auch fast sämmtliches todes und lebendes Inventarium ein Raub der Flammen. (S. 3)

### Naturforschende Gesellschaft.

Sitzung vom 26. April 1887.

Der Director der Gesellschaft, Herr Professor Dr. Böhl eröffnet die Sitzung, worauf Herr Dr. v. Klinggräff „über die Morphologie der Archegoniaten“ in einem längeren Vortrage spricht. Mit dem Namen Archegoniaten umfasst man in der Systematik der Pflanzen die Gruppen der Moose, sowie diejenigen der Farne, Schachtelhalme, Bärlappgewächse und Wurzelkarne, welche unter den blühenden Pflanzen (Kryptogamen) die höchste Stellung einnehmen. Entnommen ist der Name von dem weiblichen Fortpflanzungsapparat, dem Archegonium, welches als höchst charakteristisch, in der Art bei keiner anderen Pflanzengruppe vorkommend, das gemeinsame Merkmal aller oben genannten Pflanzenabteilungen ist. Auch der ganze Entwicklungslipus der Moose einerseits und jener übrigen als Pteridophyten zusammengesetzten Genossen andererseits bietet viel Gemeinschaftliches, wenn freilich in Folge der verschiedenen Modifizierungen dieses Entwicklungslipus Unterschiede zwischen den Moosen und den Pteridophyten sich leicht ergeben. Bei beiden Gruppen findet nämlich ein sogenannter Generationswechsel statt, dessen Wesen darin besteht, daß in den Entwicklungskreis ein und derselbe Pflanzensatz eine geschlechtliche und eine ungeschlechtliche Generation gehören. Die geschlechtliche Generation erzeugt im Innern ihres weiblichen Geschlechtsapparates (Archegonium) eine Eizelle, welche sich nach ihrer Befruchtung durch in den sogenannten Anteridien erzeugten mit freier Bewegung begabten männlichen Befruchtungselementen (Spermatozoiden) zu einem neuen keine Geschlechtsapparate tragenden Individuum entwickelt. Dieses geschlechtslose Individuum entwickelt in besonderen Behältern, den Kapseln, Sporen, aus welchen nach erfolgter Keimung wieder geschlechtliche Individuen hervorgehen, — womit der Kreislauf von neuem beginnt.

Dieser Gang der Entwicklung ist bei allen Archegoniaten derselbe; verschieden ist jedoch das Verhältniß der beiden Generationen zu einander bei den Moosen (Muscineen) einerseits und den Pteridophyten andererseits. Bei den Moosen nämlich ist die geschlechtslose Pflanze eine ausdauernde mehrjährige, meist mit Blättern versehene, sich verzweigend und durch Sproßung fortspflanzende; es ist dies das Moosplätzchen des Waldes, welchem die Kapsel noch fehlt. Das geschlechtslose später austretende Individuum, das Sporogonium, gewöhnlich die Moosfrucht genannt, erzeugt nur einmal Sporen, wird nie selbstständig, sondern führt ein Schmarotzerleben auf der Mutterpflanze, besitzt daher auch keine besonderen Ernährungsorgane wie Wurzeln und Blätter. Bei den Pteridophyten dagegen, z. B. bei unseren Farnkräutern, ist die zuerst aus der Keimenden Spore hervorgehende Geschlechtspflanze, Vorlein-

genannt, ein sehr schnell vergängliches Gebilde, welches, nachdem es die geschlechtslose Pflanze (Sporophyt) herovergebracht hat, stirbt, so daß der Beobachter in der freien Natur gewöhnlich entzieht. Der Sporophyt wird bald selbstständig und nur kurze Zeit von der Mutterpflanze ernährt, entwickelt bald selbst Wurzeln und Blätter, ist lange ausdauernd und erzeugt wiederholte Sporen; er ist das Farnkraut des Waldes.

Von den verschiedenen Gruppen der Archegoniaten

und unter diesen den Moose greift sodann der Vortragende diejenige der typischen Laubmoose (Bryineen) heraus und führt eingehend den vollständigen Entwicklungslipus einer Moospflanze von der keimenden Spore bis zur wieder Sporen entwickelnden Mooskapsel vor, unter gleicher Berücksichtigung detaillierter anatomischer und morphologischer Verhältnisse.

Aus der nur aus einer Zelle bestehenden Spore tritt nach Sprengung der Außenhaut der von der Zellenhaut gebildete Keimblattstock hervor, welcher sich vielfach verzweigend zu einem bleichen oder grüngefärbten, spindigen, algenartigen Gebilde (Vorlein) auswächst. Alte Botaniker, die den genetischen Zusammenhang dieses Gebildes mit den Moose noch nicht kannten, haben mehrere Formen derselben irrtümlich als verschiedene Algenarten bezeichnet. Aus einzelnen Punkten dieses Vorleins entwickeln sich als dann Anfänge junger Mooststengel, welche sich nach oben verlängernd Blätter entwickeln, nach unten Wurzelhaare aussenden. So entsteht aus der Spore gewöhnlich gleichzeitig eine ganze Anzahl junger Moosplätzchen, der Anfang eines Moostreibens. Die Wurzelstengel entwickeln sich bei vielen Moose in der ganzen Ausdehnung des Stengels, denselben zuweilen in einen dichten Filz eihüllend und ihn mit den benachbarten Mooststengeln zu einem festen Polster verbindend. Bei anderen Moose entwickeln sich jedoch später gar keine Wurzeln mehr; die am Grunde stehenden sterben mit den ältesten Theilen des Stengels ab und das Moos erscheint dann gänzlich wurzellos. Die Blätter und die Verzweigungen des Stengels zeigen nichts hervorragend Abweichendes.

Die Moospflanze nun trägt an der Spitze die Geschlechtsorgane, deren richtige endgültige Deutung erst in die neuere Zeit fällt. Schon Schwedel kannte 1750 die Geschlechtsorgane der Moose, aber erst etwa 40 Jahre später deutete sie Hedwig richtig. Da aber damals die Unvollkommenheit der Mikroskopie eine genaue Untersuchung unmöglich machte, so war Hedwig's Behauptung eine glückliche Ahnung des Richtigen, welche vielfache Anfeindungen erfuhr. Auch die Entdeckung der Spermatozoiden bei den Moose durch Hess v. Eisenbeck 1822 konnte nicht eine Entscheidung herbeiführen, da das Wissen der thierischen Befruchtung noch zu wenig bekannt war; standen doch in Lehrbüchern der Zoologie aus dem Anfang der vierzig Jahre die thierischen Spermatozoiden noch im System in Reis und Glied unter den Infusorien als selbständige Organismen. (Schluß folgt.)

### Vermischte Nachrichten.

△ Berlin, 5. Mai. Die Zahl der staatlichen klinischen Institute der Berliner Universität wird nun in aller nächster Zeit eine erhebliche Erweiterung erfahren. Es wird unmittelbar eine Universitäts-Poliklinik für Hals- und Nasenkrankheiten eröffnet und mit deren Leitung der Prof. Dr. Bernhard Fränkel unter Ernennung zum außerordentlichen Professor der medizinischen Fakultät betraut werden. Die leider nach allen Richtungen hin ungereichten Räume des Charité-Krankenbaus haben es nothwendig gemacht, für die neue Poliklinik besondere Nebenräume in der Luisenstraße zu beschaffen. Mit der Einrichtung folgt Berlin dem Beispiel, welches Paris, Wien, &c. auf dem gesuchten Gebiete längst gegeben haben. □ Ernst v. Wildenbruch soll als Nachfolger des Herrn v. Voigt zum Intendanten der Hochschule in Weimar aussersehen sein.

\* Heute Unwetter haben am 4. Mai auch in Thüringen, in Unterfranken, der Würzburger Gegend, besonders in der Nordpfalz stattgefunden. Lebhaft rütteten Hagelschlag und Sturm großen Schaden an. Wartburg, 5. Mai. Gestern Nachmittags 3½ Uhr zog ein furchtbares Hagelunwetter nach Westen nach Osten über unsere Stadt und zerstörte nach ungefähre Schätzung etwa eine halbe Million Fensterherren. Die Hagelstöße waren von ungewöhnlicher Größe. Auch die Provinz ist von dem Unwetter heimgesucht worden. Wie man dem „Kurz-Bericht“ mittheilt, ist die Frau eines Bahnhofwarts bei Siershewitz, die auf der Bahnstrecke mit ihrem Kind im Arm überrollt wurde, durch die herabfallenden Eisstücke schwer beschädigt, ihr Kind getötet worden.

Warschau, 6. Mai. Die im Gouvernement Minden belegene 4500 Einwohner zählende Stadt Nowamysza ist, wie der „D. O. B.“ gemeldet wird, total niedergebrannt. 300 Wohnhäuser und 200 andere Gebäude sind ein Raub der Flammen geworden. Mehrere Personen sind verbrannt, viele mehr oder weniger verletzt

### Standesamt.

Vom 6. Mai.

Geburten: Bote Eduard Schwarze, S. — Bierfahrer Andreas Schalla, T. — Müllerges. August Jochdonat, T. — Tischlerges. Franz Odanitz, S. — Schmiedges. Otto Buchholz, T. — Tischlerges. Herm. Binders, T. — Arb. Eugen Sonnabend, S. — Seetbauer Hermann König, T. — Arb. Johann Lewendel, S. — Uebel: 4 T.

Aufgebote: Arbeiter Franz Meissle und Rosa Krause. — Buchdrucker Louis Alexander Geske und Witwe Caroline Auguste Kretschmer, geb. Kellermann

werden und bei Vertheilung des Kaufsdecks gegen die berücksichtigten Anträge im Range zurücktreten.

Dienjahr, welches das Eigenthum des Grundstücks beanspruchen, werden aufgefordert, vor Schluss des Versteigerungstermins die Einstellung des Verschaffens herbeizuführen, währendfalls nach erfolgtem Zuschlag das Kaufgeld in Bezug auf den Anspruch an die Stelle des Grundstücks tritt.

Das Urteil über die Ertheilung des Bushlags wird

am 5. Juli 1887,

Mittags 12 Uhr.

an Gerichtsstelle verkündet werden.

Carlsbad, den 30. April 1887.

### Königliches Amtsgericht.

Concursverfahren.

Über das Vermögen des Kaufmanns C. A. Matthies in Schwerin, welche am 5. Mai 1887, Vormittags 9½ Uhr, das Concursverfahren eröffnet.

Der Kreisstaator C. W. Nathle in Schwerin wird zum Concursverwalter ernannt.

Concursforderungen sind bis zum 3. Juni 1887 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlussschrift über die Wahl eines anderen Bevalters, sowie über die Befestigung eines Gläubiger-Ausdrusses und eingetrennen den Falls über die in § 120 der Concursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 1. Juni 1887, Vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der ange meldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den

11 Uhr, und zur Prüfung der an-

gemeldeten Forderungen auf den



# Beilage zu Nr. 16442 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, 7. Mai 1887.

## Abgeordnetenhaus.

47. Sitzung vom 5. Mai.

Antrag der Abg. v. Minnigerode u. Gen.: „Die Regierung zu ersuchen, im Bundesrathre ihren Einfluss dahin geltend zu machen, daß mit Rücksicht auf die in Folge des erheblichen Preisrückganges der Producte bedrohliche Lage der Landwirtschaft eine Vorlage, welche auf Erhöhung d. r. landwirtschaftlichen Schutzzölle gerichtet ist, dem Reichstag baldigst unterbreitet werden möge.“ — Hierzu liegt folgender Antrag der Abg. v. Schorlemmer-Alst u. Gen. vor: „In Erwägung und mit dem Vertrauen, daß die Regierung in Erkenntnis der bedrohten, durch die ausländische Concurrenz aufs äußerste bedrohten Lage der Landwirtschaft der Frage, durch welche Maßregeln diesem Nothstand abzuholzen sei, insbesondere auch ob und wann eine dem Gesamtinteresse des Vaterlandes entsprechende Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle anzustreben sei, fortgehend ihre wohlwollende, sorgsame Beachtung zuwenden werde, geht das Haus über den Antrag von Minnigerode zur Tagesordnung über.“

Abg. v. Minnigerode: Nicht als politische Partei, sondern als die größte Gruppe des Hauses haben wir diesen Standpunkt zur Discussion stellen wollen. Das allgemeine Wohlbehalten steht im engsten Zusammenhang mit dem Wohlbehalten der Landwirtschaft. Selbst in den großen Städten macht sich mehr und mehr das Gefühl der allgemeinen Calamität geltend, und in landwirtschaftlichen Kreisen ist die Sorge und Angst überall vorhanden. Redne führt dann aus, daß die Preise aller landwirtschaftlichen Producte seit 1882 bedeutend zurückgegangen seien. Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Wolle sind im Preise gesunken. Die bisherigen Zölle haben keinen Einfluß auf die Preise ausgeübt. Sollen wir dem gegenüber uns damit trüben? Die Weltconjectur ist gegen uns? Der Minister der Landwirtschaft will die Schäden der Weliconjectur für das eigene Gebiet abschwülen. Wir würnen eine Erhöhung der Getreidezölle, ebenso der Viehzölle. Auch dem Buttermarkt muß mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden, um die Concurrenz des Auslands abzuhalten. Die Eingehheiten werden Sache des Bundesrathes sein. Wir haben das Vertrauen zum Reichskanzler, daß er die Nothlage der Landwirtschaft erkennt. So weit gehen wir aber nicht, wie Herr v. Schorlemmer-Alst, welcher lediglich auf das Vertrauen zur Regierung seinen Antrag basirt hat. Bei einer so allgemeinen Calamität darf das Abgeordnetenhaus nicht schweigen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Schorlemmer-Alst (Centr.): Ist ein so direkter Druck auf die Regierung wirklich nötig? Trotz der Zweifel, welche diese Frage anregt, begrüße ich den Antrag mit Sympathie. Um wirklichen glauben ich aber den Antrag durch die milde Form meiner motivirten Tagesordnung zu unterstützen. Der Rückgang der Landwirtschaft kann einem Zweifel nicht mehr unterliegen. Redner sucht die Nothlage der Landwirtschaft an der Hand der Statistik über Getreide-Einfuhr und über Verschuldung des Grundbesitzes nachzuweisen. Ein Interesse an höheren Preisen landwirtschaftlicher Producte haben namentlich auch die kleinen Grundbesitzer. Letztere betreiben die Landwirtschaft zumeist im Nebenbetriebe, während sie in der Hauptlache bei den größeren Grundbesitzern als Arbeiter beschäftigt, also ganz unmittelbar an dem Gedanken der

ersteren interessiert sind. Wer, wie das von gegnerischer Seite geschieht, immer von den einseitigen Interessen des Großgrundbesitzes spricht, den hört man doch niemals reden von den einseitigen Interessen der Großindustrie. (Beifall rechts.) Die Nothlage der Landwirtschaft muß auch in trauriger Weise zurückwirken auf die Lage der industriellen Arbeiter. Für letzteren sind höhere Brodpreise noch immer besser, als wenn er gar kein Geld hat, um Brod zu kaufen. (Beifall rechts.) Und die niedrigen Brodpreise — wen kommen sie eigentlich zu Gute? Dem Arbeiter oder nicht vielmehr dem Arbeitgeber? (Beifall), und zwar in Gemäßheit des ehemaligen Lobgesetzes, das ja auch die Freihändler anerkennen! Nimmt das Haus nicht meinen Antrag an, dann mag es den Antrag v. Minnigerode annehmen.

Minister Lucius: Ich bin zu der Erklärung ermächtigt, daß die Regierung die schwere Krise, unter welcher die Landwirtschaft leidet, anerkennt und somit geneigt ist, mit einer angemessenen Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle vorzugehen (Lebh. Beifall rechts), wenn sie die Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags findet. Dieselben Aussichten, welche 1879 und 1885 bei Einbringung und Erhöhung der Zölle maßgebend waren, werden auch künftig maßgebend sein. Es waren dies nicht die finanziellen Erträge, sondern der Schutz der heimischen Landwirtschaft. Nach einem achttägigen Bestehen dieser Zölle ist nun aber nicht zweifelhaft, daß die Zölle zwar finanziell sehr günstige Resultate ergeben haben, daß sie aber in Bezug auf den Schutz der Landwirtschaft nur in sehr geringem Maße gewirkt haben. (Zustimmung rechts.) Die finanziellen Ergebnisse der Getreidezölle sind von 14 Mill. i. J. 1885 auf 30 Mill. gestiegen. Das Ergebnis der Viehzölle ist von 1 auf 4½ Mill. gestiegen. Dieses Ergebnis kommt jedem Steuerzahler zu Gute, insofern es eine Entlastung auf anderem Gebiete zur Folge hat. Die Zölle haben auch den moralisch günstigen Effekt gehabt, daß sie der landwirtschaftlichen Bevölkerung das Vertrauen gegeben haben, daß die verbündeten Regierungen ihre Lage dauernd im Auge behalten werden. Daß die Preise nicht eine Steigerung, sondern ein Sinken erfahren haben, ist allerdings eine merkwürdige, aber unleugbare Thatsache. Wir haben trotz der Zölle in Bezug auf Weizen einen Preissstand, wie wir ihn seit 100 Jahren oder vielleicht nie gehabt haben. (Hört! hört! rechts.) Ich habe die amtlichen Bahnen vor mir. Im Jahre 1861 betrug der Weizenpreis 221 M. Der höchste Weizenpreis betrug 1879 264 M., der niedrigste 1864 159 M. Nach der Einführung der Zölle im J. 1879 stieg der Preis im J. 1880 auf 219 M., 1881 auf 220 M.; im J. 1882 begann er zu sinken auf 208 M., 1883 auf 185 M., 1884 auf 173 M., 1885, im Jahre der Zoll erhöhung, auf 162 M. (Hört! hört! rechts), 1886 weiter auf 157 M. Demgegenüber steht fest, daß die Einführung der Zölle eine Vertheuerung der wichtigsten Nahrungsmitte nicht herbeigeführt hat. Der Roggenpreis bietet nicht so große Schwankungen dar, weil der Kreis der roggenbautreibenden Länder sich nicht erweitert hat, während wir von den weizenbautreibenden Ländern in Amerika und Indien eine Concurrenz bekommen haben. Die Weizenausfuhr aus Indien ist 1881—1885 von 7 auf 15 Mill. Ctr. gestiegen. Derselbe Preisrückgang macht sich bemerkbar bei Weizl und den übrigen Verbrauchsgegenständen, wie Javareis, Kaffee und Schweineschmalz. Nun ist ja allerdings nicht zu

verkennen, daß dem Landwirth auch die niedrigeren Preise von Maschinengeräthen, künstlichem Dünger etc. zu Gute kommen; ein weiterer günstiger Umstand ist die Herabsetzung des Zinsfusses von 5 auf 3½ Prozent. Trotzdem aber darf man das Fazit ziehen, daß die Neineinnahmen aus der Landwirtschaft um etwa 25 Prozent zurückgegangen sind infolge der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der letzten Jahre. Dieser Rückgang ist naturgemäß genügend, um die über ¼ ihres Besitzes verschuldeten Landwirthe vollständig über Bord zu werfen, und ich fürchte, daß nach der Rückzahlung auch keine Staatshilfe und auch nicht eine veränderte Polizeipolitik die Existenz, welche an der Grenze dieser Verschuldung stehen, retten können. (Hört! hört! links.) Wohl aber ist es und muß es als eine Aufgabe der Regierung betrachtet werden, diejenigen, welche existenzfähig sind, nach Möglichkeit durch ihre Wirtschafts- und Zollpolitik zu schützen. (Sehr gut! rechts), und dazu ist die Regierung auch fest entschlossen. (Beifall rechts.) Was aber die Viehzölle anlangt, so steht einer Erhöhung derselben die Thatsache entgegen, daß der Import gefallen und nicht der Export ist, während der Export gestiegen ist, wenigstens im Werthe. Was noch importiert wird, muß importiert werden im Interesse der Bucht, um Degeneration zu verhindern. Im Übrigen wird die Regierung Alles thun, was zur Behebung der Nothlage der Landwirtschaft nötig ist, freilich muß die Landwirtschaft auch nicht die Selbsthilfe vernachlässigen. Die Regierung ist entschlossen zu helfen, aber sie bedarf dazu der Mitwirkung des Reichstages; sie hofft, diese wird der Regierung nicht fehlen. (Lebh. Bravo! rechts.)

Abg. Graf Samitz (cons.): spricht seinen wärmsten Dank für die eben vernommenen Zusagen des Ministers aus und bedauert nur, daß danach auf eine Erhöhung auch der Viehzölle nicht zu rechnen sei.

Abg. v. Gauden-Tarpitschen (freis.): Wenn die Frage der Erhöhung der Zölle so läge, wie der Minister sie aufgefaßt hat, der uns mit großer Objectivität nachgewiesen, daß eine Preiserhöhung den Zollerhöhungen gefolgt ist, so könnte man sich fragen: warum ist der Antrag überhaupt gestellt worden? Die Antragsteller haben jedenfalls ganz andere Absichten bei ihrem Antrag verfolgt. Ich zweifle, ob die Landwirthe, welche hinter den Herren stehen (Sehr richtig! rechts), die von ihnen bearbeitet werden (Sehr richtig! links), mit dem Wohlwollen des Ministers und der Regierung zufrieden sein werden. Die Schutzzölle sollen so erhöht werden, daß die Preise steigen. Das ist die Absicht der Herren. (Sehr richtig! rechts.) Dann werden die Lebensmittel, Brod, Fleisch u. s. w. im Preise erhöht werden. Durch eine solche Maßregel erhalten also die Landwirthe einen Zufluss zu ihrem Betriebe aus dem Beutel der armen Leute. (Sehr richtig! links; Widerspruch rechts.) Vergesegnungen Sie sich, was es heißt, daß ein Reichstag, hervorgegangen aus dem allgemeinen Wahlrecht, auf die Dauer damit einverstanden sein soll, daß das Brod und Fleisch vertheuerzt wird. Eine solche Maßregel kann nur gestattet werden, wenn es sich darum handelt, einen Nothstand zu beseitigen. Deshalb hat man den Nothstand proclamirt. Ich bin noch immer Freihändler und meine, jeder Landwirth müßte aus eigenstem Interesse ein Freihändler sein. Ich will aber davon abstrahieren. Davon kann ich nicht abstrennen, daß das Mittel bedenklich ist als der Zweck, den Sie verfolgen. Es gibt nichts Schlimmeres, als das böse Kreisen der agrarischen Agi-

tation, welche immer von dem Nutzen der Landwirtschaft spricht. (Heiterkeit rechts.) Könnte man nicht daran denken, einmal die überbeschuldeten Landwirthe zu beseitigen und an ihre Stelle andere zu setzen? (Sehr wahr! links; Heiterkeit rechts.) Sind denn die vor geschlagenen Maßregeln geeignet, gerade den Nothleidenden zu helfen? Die Wohlthat, welche zur Hilfe eines Nothstandes aus der Tasche anderer Leute gegeben wird, bekommt auch die reichen Landwirthe und die Majoratsbesitzer, welche gar nicht in Noth sind. Die Zahl der Substationen wird hervorgehoben; ich wundere mich, daß nicht noch mehr stattfinden, wenn man immer vom Bankrott der Landwirtschaft spricht. (Sehr richtig! links.) In Bezug auf den Nothstand bin ich vollständig der Meinung des Ministers. Aber in Bezug auf die Hilfe muß ich sagen: die Landwirthe dürfen sich nicht bloß auf Staatshilfe verlassen, sie müssen sich selbst helfen. Die Erziehung des Landmannes muß dahin geben, daß er sich den höheren Schichtungen, Witterungsverhältnissen u. s. w. fügt. Der Landwirth muß, wenn er wenig hat, auch wenig aufgeben. Aber das thun höchstens die Bauern. Bei dem Großgrundbesitzer kommt das Standesbewußtsein zur Geltung. Die Erziehung der Söhne, namentlich der kleinen Grundbesitzer, entspricht nicht immer diesen Standpunkten. Die Söhne sollen als Einjährig-Freiwillige in einem Cavallerie-Regiment dienen und Corpsstudenten werden. Später spielen sie dann den großen Herrn, ohne etwas von Landwirtschaft zu verstehen. Die Langsamkeit und ruhige Arbeit in der Entwicklung der Landwirtschaft ist durch diese wüste agrarische Agitation, namentlich durch die für die Doppelwährung, zerstört. Die armen Bauern werden mit Petitionen für die Doppelwährung überhäuft, trotzdem der Minister hier selbst erklärt hat, er würde durch die Annahme der Doppelwährung eines Landesvertrags sich schuldig machen. (Große Heiterkeit.) Diese Agitation unterscheidet sich wenig von der der Socialdemokraten. Wenn der Staat nicht hilft, dann taugt er nichts, dann werden wir staatsfeindlich. Staatsfeindlich sind solche Agitationen nicht, demagogisch sind sie. Ich bitte Sie (nach rechts gewandt), lassen Sie ab von solchen Agitationen; sie dienen nicht zum Segen der Landwirtschaft. (Lebh. Beifall.)

Abg. Wessel (freicons) spricht seine Befriedigung über die Erklärung des Ministers aus. Dass der Antrag eine Erhöhung der Getreide- und Viehprixe beweckt, ist selbstverständlich. Man kann aber sehr verschiedener Ansicht darüber sein, wer den Zoll trägt. Der Produzent kann ihn tragen, auch der Zwischenhandel. Selbst wenn der kleine Mann dazu herangezogen wird, wird das immer noch nicht ausreichen, um das auszugleichen, was der Grundbesitz an Steuern mehr zahlen muß. Auch wenn die Landwirthe auf Staatshilfe hoffen, werden sie die Selbsthilfe nicht vernachlässigen.

Abg. Windhorst: Ich stimme mit dem Antrage des Dr. v. Schorlemmer vollständig überein; könnte aber nach dessen Ablehnung dem Antrag v. Minnigerode nicht zustimmen, da ich nicht weiß, wie weit er geht. Ueber die ungünstige Lage der Landwirtschaft kann kein Mensch zweifelhaft sein. Wir dürfen nicht vergessen, daß wenn wir die Produzenten schützen, wir große Volkskreise durch die Schutzzölle in eine schlechtere Lage versetzen. Das Ministerium soll zwischen den sich gegenüberstehenden Interessen unparteiisch entscheiden; wenn

